

KÖHLER-NACHFOLGE

## Merkel sucht den Überparteilichen

Die Suche nach einem Nachfolger Horst Köhlers läuft. Die Kanzlerin hat vorgegeben: Den Neuen soll auch die Opposition mittragen können. Erste Namen kursieren bereits.

01. Juni 2010 - 08:10 Uhr



Vor der schweren Suche nach einem Nachfolger Horst Köhlers: Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle (l), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer (Archivbild)

Man darf annehmen, dass die Parteichefs der Koalition, Angela Merkel (CDU), Guido Westerwelle (FDP) und Horst Seehofer (CSU), die Tagesordnung ausweiten, wenn sie sich am heutigen Dienstag im Kanzleramt treffen. Denn die drei haben nach dem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler trotz aller Sorgen um die Kopfpauschale ein wichtigeres Problem als die ursprünglich geplante Diskussion über die Gesundheitsreform. Es geht um die Frage, wer in wenigen Wochen Staatsoberhaupt wird.

Merkel hat dieser ohnehin hoch komplizierten Aufgabe noch eine Schwierigkeit hinzugefügt. Nach ihrem Willen soll sich die Koalition auf einen Nachfolger einigen, den auch die Oppositionsparteien mittragen. Es solle ein Kandidat sein, der "eine Chance hat, von allen akzeptiert zu werden." Das Verfahren, das der Kanzlerin vorschwebt: CDU/CSU und FDP einigen sich zunächst auf einen Vorschlag und gehen dann auf die anderen zu.

Die Koalition hat zwar in der Bundesversammlung, die den nächsten Bundespräsidenten spätestens am 30. Juni wählen wird, eine klarere Mehrheit als bei der Wiederwahl Köhlers vor einem Jahr.

Doch die Suche nach dem Kandidaten, der in wenigen Wochen gefunden sein muss und auch SPD, Grünen und Linken zu vermitteln ist, ist eine Aufgabe für ein politisches Genie. Schon im Verfahren zur Verständigung mit der Opposition gibt es Dissens. SPD-Chef

Sigmar Gabriel signalisierte bereits, er wolle in die Suche miteinbezogen werden. Merkel solle zuerst mit allen Bundestagsfraktionen und auch den Ländern über einen gemeinsamen Personalvorschlag reden.

Der nächste Bundespräsident solle "nicht ausschließlich parteipolitisch profiliert" sein, verlangte er. Ansonsten würden die Sozialdemokraten "vielleicht auch mit anderen gemeinsam im Deutschen Bundestag" einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Die ersten Namen sind im Spiel. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann schlug Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vor. Im Gespräch sind auch Finanzminister Wolfgang Schäuble, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Bildungsministerin Annette Schavan und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (alle CDU). Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff (CDU) vermied vor Journalisten eine Antwort auf die Frage, ob er als Kandidat zur Verfügung steht.

Niedersachsens SPD schlug die nach einer Alkoholfahrt zurückgetretene Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Margot Käßmann, vor. Auch der Name von SPD-Kandidatin Gesine Schwan war zu hören – sie hatte zwei mal gegen Köhler verloren.

Der Bonner Politologe und Köhler-Biograf Gerd Langguth nannte als denkbaren Kandidaten auch Klaus Töpfer (CDU), der Bundesminister für Umwelt und Bau war, und Direktor des UN-Umweltprogramms. Langguth ist "überzeugt, dass es doch auf einen Parteipolitiker oder eine Parteipolitikerin hinauslaufen wird". Köhlers Rückzug zeige "dass jemand, der nicht die Erfahrung eines Parteipolitikers besäße, "doch nicht so hartgesotten ist, wie man vielleicht sein muss".

Die *Leipziger Volkszeitung* berichtet über starke Kräfte in der CDU-Führung, die für eine Kandidatur von Ursula von der Leyen werben. Die Bundesarbeitsministerin – eine enge Vertraute der Kanzlerin – ist eine der beliebtesten Politikerinnen im Land. Die siebenfache Mutter aus Hannover, Tochter von Niedersachsens Ex-Ministerpräsident Ernst Albrecht, sei dem Bericht zufolge bereits 2004 in Merkels engster Auswahl für die Position des Staatsoberhauptes gewesen.

Eine Kandidatin von der Leyen wäre für die Bundesversammlung eine vergleichsweise sichere Bewerberin. Ihr könnten auch Stimmen aus dem Oppositionslager zufallen, so die Hoffnung in der Unions-Führung. Eine geglückte Präsidenten-Kür durch Schwarz-Gelb, so die Überlegung, ließe sich durchaus als Startsignal für einen Regierungs-Neustart auch für die eigenen Reihen verstehen.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE, dpa

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/koehler-nachfolge>